

0V 1.9.11

Josefshaus hat Diskussionsbedarf

Stuttgarter Landtagspräsident Stächele besucht Einrichtung / Folgeprobleme der Forderung nach „Inklusion“

Von Ulf Körbs

Rheinfelden-Herten. Das Sankt Josefshaus (SJH) in Herten hat dringenden Diskussionsbedarf, gab sein kaufmännischer Leiter Hermann J. Tränkle dem neuen Stuttgarter Landtagspräsident Willi Stächele nach seinem Besuch der Einrichtung am Dienstag mit auf den Heimweg.

Das Problem: Die Hertener Einrichtung, die dieses Jahr 132 Jahre alt wurde, müsste Teile ihrer Gebäude dringend modernisieren und sanieren. Doch weil sich die Grundidee, wie Behinderte zu betreuen sind, geändert hat, haben solche Zentralinstitutionen wie das Josefshaus mit Zuschüssen zu kämpfen.

„Inklusion“ heißt das derzeit noch diskutierte Schlagwort in diesem Sozialbereich. Die Vereinten Nationen (UNO) verstehen darunter das „Einbezogensein in eine Lebenssituation“ auch für Behinderte. Daraus folgte aber, so SJH-Geschäftsführer Bernhard Späth, dass Zentraleinrichtungen wie die Hertener eigentlich nach dieser Philosophie nicht mehr zeitgemäß sind, und damit auch nicht mehr förderungsfähig.

Dabei konnte man aus dem Gespräch der Fachleute und



Auf dem Weg ins St. Josefshaus (von links): Landtagspräsident Willi Stächele, Geschäftsführer Bernhard Späth sowie die Landtagsabgeordneten Felix Schreiner (CDU) und Alfred Winkler (SPD)

Foto: Ulf Körbs

der Politiker – Stächele wurde nicht nur von den beiden Hochrhein-Landtagsabgeordneten Alfred Winkler (SPD) und Felix Schreiner (CDU) sowie örtlicher Politprominenz mit Oberbürgermeister Eberhard Niethammer an der

Spitze – entnehmen, dass man das Inklusions-Konzept auch kritisch sehen kann, ohne dass den SJH-Bewohnern von vornherein das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen wird.

Zugleich muss man auch

stets diejenigen berücksichtigen, die schon lange im Josefshaus leben, denen es zur Heimat wurde, sowie jene, die auch in Zukunft um eine allumfängliche Betreuung brauchen. Mit anderen Worten, man muss zweiglei-

sig fahren, wie es Späth beschrieb. Dafür aber sind Investitionen im Josefshaus für bauliche Sanierungsmaßnahmen notwendig. Späth und Tränkle bezifferten sie mit rund 20 Millionen Euro.

Und hier gibt es eine weitere Problematik: die baden-württembergische Kommunalreform. Durch sie wurde die Solidarorganisation aller Landkreise in Baden-Württemberg im Sozialwesen, der Landeswohlfahrtsverband, aufgelöst und die Aufgaben den Kreisen übertragen. Das hat auch Folgen für das Josefshaus mit seinen 1350 Mitarbeitern und 950 Betreuten, die aber nur zu 27 Prozent aus dem Kreis Lörrach stammen: Die Heimatkreise könnten darüber nachdenken, ihr Klientel künftig selbst zu betreuen. Nicht nur wegen der überzeugenden Idee einer Unterbringung nahe am Wohnort der Familie, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Schließlich erzeugt die Hertener Einrichtung eine Nachfragewirkung von über 25 Millionen Euro im Landkreis.

Das Josefshaus hat also einen Diskussionsbedarf, was auch der Landtagspräsident erkannte. Er war schließlich gekommen, wie er feststellte, „um sich kundig zu machen“. Wozu Bernhard Späth gerne beitragen würde, der sein Gesprächsangebot auch auf die Sozialpolitiker im Stuttgarter Landtag ausdehnte.